

XXII. GP-NR**771 J****2003 -08- 1 2****ANFRAGE**

der Abgeordneten Lichtenberger, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Nebenbahnen, Benutzungsentgelt und Postenschacher

Der aktuelle Geschäftsbericht der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H. über das Jahr 2002 dokumentiert einige in verkehrspolitischer wie personalpolitischer Hinsicht interessante Tatsachen und Entwicklungen.

So wird festgehalten, dass die Ausschreibung von Regional-/„Neben“bahnen „aufgrund finanzieller Restriktionen der Republik Österreich“, sprich wegen des Widerstands des Finanzministers, nicht erfolgt ist. Dies ist abgesehen von der verkehrspolitischen Relevanz einer Erhaltung und kundenfreundlichen Bedienung dieser Strecken insofern bemerkenswert, als mit der Ausschreibung eine Verringerung des Mitteleinsatzes der Republik möglich wäre.

Weiters wird festgehalten, dass die Angaben, die den Finanzierungsdarstellungen des Generalverkehrsplans zum Schienenbereich zugrunde liegen, zutiefst unseriös und real nicht umsetzbar sind, weshalb die von den Grünen und von einer Vielzahl von Fachleuten beharrlich kritisierte GVP-Propaganda der schwarzblauen Bundesregierung („zwei Drittel Schiene“, „gesicherte Finanzierung“ und ähnliche Märchen) wegen falscher Grundlagenzahlen unhaltbar ist und tatsächlich wie ein Kartenhaus zusammenstürzt.

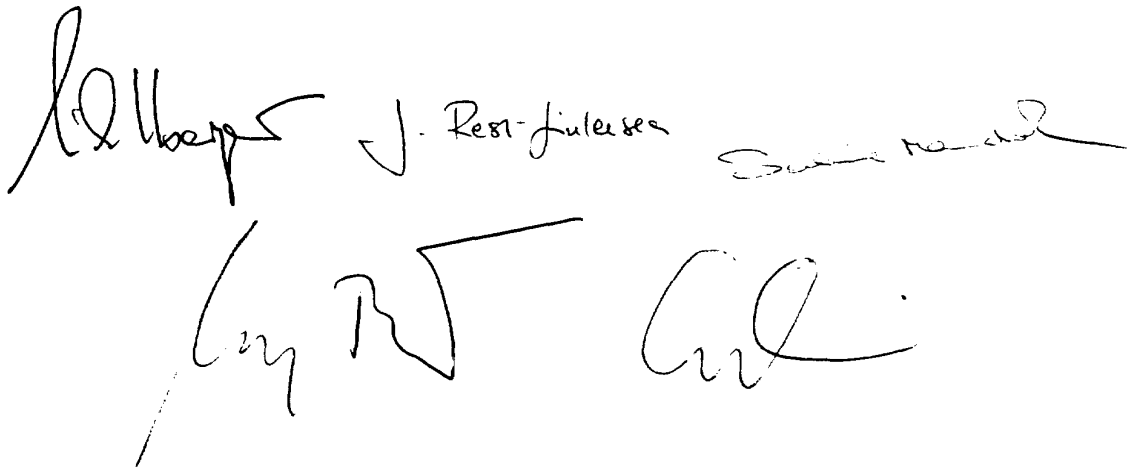
Schließlich findet sich auch der Hinweis, dass durch die nicht mit der Geschäftsfeldentwicklung oder Personalentwicklung der SCHIG in Deckung zu bringende Personalpolitik der schwarzblauen Bundesregierung die Kosten der Geschäftsführung im Berichtsjahr um fast 60% höher als im Jahr davor ausfielen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Warum vertreten Sie eine grundsätzlich bahn- und ÖV-feindliche Linie, die den Schienenverkehr und den Öffentlichen Verkehr nur als Kostenbelastung ansieht, obwohl bei dieser Sichtweise ausgeblendet wird, welcher volkswirtschaftliche Nutzen (viel geringere Umwelt-, Unfallfolge-, Gesundheits- etc. -kosten) und damit auch finanzielle Vorteil durch den Transport von Gütern und Menschen auf der Schiene statt auf der Straße entsteht?

2. Warum wird von Ihnen und Ihren Partei- und Regierungskollegen trotz zahlreicher Lippenbekenntnisse zu mehr Marktwirtschaft gerade im Bahnbereich die höchst sinnvolle Ausschreibung der Regional-/Nebenbahnlinien blockiert?
3. Hat sich durch die Nichtbedienung der auszuschreibenden Strecken etwas an den Zahlungen an den bisherigen Betreiber geändert, wenn ja, welche, wenn nein, warum nicht?
4. Wann werden die nächsten Schritte bei der Ausschreibung der Nebenbahnen erfolgen, und welche werden dies sein?
5. Welche unternehmensneutralen Kostenansätze sind in die Ergebnisse der Studie "Rückbaukosten von Nebenbahnen" über die teilweise schwer nachvollziehbaren entsprechenden ÖBB-Angaben hinaus eingeflossen?
6. Werden Sie angesichts der eindeutigen Ergebnisse der Studien "Harmonisierung beim Benützungsentgelt" und "Preisspielräume beim Benützungsentgelt" die sachlich unrichtige Propaganda rund um den GVP (insbesondere "zwei Drittel Schiene", angebliche Finanziertheit des GVP) endlich einstellen, die nur dazu diente, die GVP-Straßenbauoffensive zu tarnen und dem GVP einen Öko-Anstrich zu verpassen? Wenn nein, warum nicht?
7. Wie verträgt sich die von Staatssekretär Kukacka am 25.07.2003 getätigte Aussage, wonach das Infrastrukturbenützungsentgelt von derzeit rund € 334 Mio. auf rund € 550 Mio. erhöht werden soll, mit dem Ergebnis des obzitierten SchiG-Projektes?
8. Welche Konsequenzen werden sie aus den Ergebnissen dieser beiden Studien im Hinblick auf die Anhebung der für gerechten verkehrsträgerübergreifenden Wettbewerb offensichtlich zu niedrigen LKW-Maut ziehen?
9. Wie erklären Sie das mit der Bestellung eines aus Ihrer Partei kommenden Vorstandsmitgliedes zusammenfallende sprunghafte Anwachsen der Ausgaben für den SCHIG-Vorstand bei zugleich bisher unverändertem Aufgabenfeld und nahezu konstantem Gesamtpersonalstand dieses Unternehmens, insbesondere in Zeiten des Sparens bei PensionistInnen und nicht zuletzt bei den ÖBB?

Handwritten signatures of J. Rest-Julesen and others.